

  
Bundesministerium für europäische  
und internationale Angelegenheiten  
Völkerrechtsbüro

GZ. BMeiA-AT.8.15.02/0254-I.A/2011

SB: Mag. Puglisi, LR Mag. Csörsz  
E-Mail: abtia@bmeia.gv.at

An: e-Recht@bmf.gv.at

Kopie: begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at

**Betreff: Bundesgesetz, mit dem das Pensionskassengesetz, das Versicherungsaufsichtsgesetz, das Betriebspensionsgesetz, das Wirtschaftstreuhandberufsgesetz und die Rechtsanwaltsordnung geändert werden: Stellungnahme des BMeiA**

Das BMeiA nimmt zum oz. Entwurf wie folgt Stellung:

**In formeller Hinsicht**

Nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon muss die daran angepasste neue Terminologie berücksichtigt werden

**In den Erläuterungen sollte es daher heißen:**

**Unter „Besonderer Teil“ – „Zum Entfall des § 9 Z 12 PKG“:**

:

- „Der Entfall dient der Klarstellung im Verhältnis des nationalen Aufsichtsrechts zum Gemeinschaftsrecht.“ sollte ersetzt werden durch „Der Entfall dient der Klarstellung im Verhältnis des nationalen Aufsichtsrechts zum Unionsrecht.“

Wien, am 21.Dezember 2011

Für den Bundesminister  
i. V. Schusterschitz m.p.